

# PROTOKOLL

## der Frühlings-Delegiertenversammlung 2014

- Datum:** Mittwoch, 16. April 2014 – 10.00 h bis 16.55 h
- Ort:** Konzertsaal Stadttheater, Frohburgstrasse 1, Olten
- Anwesend:** 98 Delegierte (gemäss Eintrag Delegiertenverzeichnis), Vorstands- und Kommissionsmitglieder, Mitarbeitende der Geschäftsstelle, LizenznehmerInnen, PressevertreterInnen und Gäste gemäss Präsenzliste
- Leitung:** Urs Brändli, Präsident Bio Suisse
- Protokoll:** Christian Voegeli, Verbandskoordination
- 

### TRAKTANDENLISTE

#### 1 Statutarische Geschäfte

- 1.1 Begrüssung, Traktandenliste, Stimmzähler
- 1.2 Protokoll der DV vom 13. November 2013
- 1.3 Jahresbericht 2013
- 1.4 Abnahme der Jahresrechnung 2013 inkl. Bericht Revisionsstelle und GPK

#### 2 Wahlen und weitere Beschlüsse

- 2.1 Verabschiedung Claudia Lazzarini
- 2.2 Ersatzwahl von zwei Vorstandsmitgliedern
- 2.3 Volksinitiativen Ernährungssicherheit und Lebensmittel (Antrag Bio NWCH)
- 2.4 Fairer Handel im Biomilchmarkt (Antrag Bärner Bio Bure)

#### 3 Richtliniengeschäfte

- 3.1 Graslandbasierte Milch- und Fleischproduktion
- 3.2 Verbot von GVO-Medikamenten
- 3.3 Einsatz Gärgülle und Gärgut (Antrag der Zentralschweizer Mitgliedorganisationen)
- 3.4 Soziale Anforderungen (Antrag Bio Genève)

#### 4 Informationsgeschäfte

- 4.1 Optimierung Kommissionsstrukturen
- 4.2 Ökologische Pflanzenzüchtung
- 4.3 Bericht über politische Geschäfte
- 4.4 Referat Maya Graf, ehemalige Nationalratspräsidentin

# 1 Statutarische Geschäfte

## 1.1 Begrüssung, Traktandenliste, Stimmzähler

---

Urs Brändli (Präsident) und Danielle Rouiller (Vize-Präsidentin) heissen die Delegierten im Namen des Vorstandes willkommen, Daniel Bärtschi (Geschäftsführer) im Namen der Geschäftsstelle. Entschuldigungen: Christian Butscher (Vorstand), Christine Siegrist (MKV), Hélène Bougouin (FiBL), Ernst Frischknecht (ehemaliger Präsident), Werner Scheidegger (ehemaliger Präsident), Patrick Aebi (BLW), Peter Jossen (Bioinspecta), Ueli Steiner (Bioinspecta) und Rudi Vierbauch (Bio Austria).

Als Stimmzähler gewählt werden Rahel Kilchsperger (Bärner Bio Bure) – Chefin Versammlungsbüro – Daniel Gürber (Bioterra), Christian Mathys (Bio ZH-SH), Gustav Möckli (Bio Ostschweiz), Adrian Knuchel (Bärner Bio Bure) und Jean-Yves Clavien (Biovalais).

Die Traktandenliste wird ohne Änderungen gutgeheissen. Sechs Anträge, zu traktandierten Geschäften, sind seit dem DV-Versand eingegangen (sie werden in den betreffenden Geschäften vorgestellt). Weitere Anträge können im Versammlungsbüro deponiert werden. 100 Delegierte und 38 Ersatzdelegierte aus den 32 Bio Suisse Mitgliedorganisationen wurden statutengemäss einberufen. Die DV ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gewählten Delegierten im Saal vertreten ist (Statuten Art. 22). Bis Versammlungsbeginn haben sich 95 Delegierte respektive deren Ersatzdelegierte eingeschrieben und die Stimmkarte (inkl. Tagungsgeld) abgeholt. Insgesamt sind 98 Delegierte an diesem Tag anwesend!

⇒ **Die Delegiertenversammlung ist beschlussfähig.**

## 1.2 Protokoll der DV vom 13. November 2013

---

Zum Protokoll gibt es weder Fragen, Wortmeldungen noch Ergänzungen. Das Protokoll wird einstimmig genehmigt, mit Dank an den Protokollführer Christian Voegeli.

## 1.3 Jahresbericht 2013

---

Urs Brändli berichtet anhand von Bildern und Fakten über das Verbandsjahr 2013. Der Jahresbericht liegt in gedruckter Form auf. Der Vorstand hat Toralf Richter als Ombudsmann für faire Handelsbeziehungen gewählt. Knospe-Produzenten und Lizenznehmer können sich an die Ombudsstelle wenden, jedoch ist die Stelle nicht für Bio Suisse interne Schlichtung zuständig. Die ICB AG wurde gegründet. Der Austausch unter Berufskollegen wurde im letzten Jahr intensiviert, im Bereich Biodiversität wurden Flurbegehungen angeboten. „Dies möchten wir weiter ausbauen“, erklärt der Bio Suisse Präsident. „Bei dem erfreulichen Marktwachstum, brauchen wir auch mehr Biobetriebe in der Schweiz.“ Rund 5000 Hektaren sind im vergangenen Jahr dazugekommen. Neue Infobroschüren wurden erstellt, unter anderem über die Nachhaltigkeit. Regionale Biomärkte wurden weiter gestützt. Urs Brändli dankt allen Akteuren, die sich im 2013 im Verband und den Mitgliedorganisationen eingesetzt haben.

## 1.4 Abnahme der Jahresrechnung 2013 inkl. Bericht Revisionsstelle und GPK

---

Claudia Lazzarini, Vorstand, präsentiert die Rechnung. Auf Grafiken und Tabellen zeigt sie die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung im Mehrjahresvergleich, Gelder die ans FiBL bezahlt wurden, Kosten für Umzug an die Peter Merian-Strasse 34, die Gründungskosten der Tochtergesellschaft ICB AG und Rückstellungen und Reserven. Die Bilanz und Erfolgsrechnung, inklusive interner Abschluss mit Budget- und Vorjahresvergleich, wurden den Delegierten im DV-Versand am 13.3.2013 zugestellt. Die Erträge liegen bei rund 12,969 Mio. Franken und somit 1,274 Mio. Franken oder 10,9 % über dem Budget. Die Lizenz- und Markennutzungseinnahmen betragen 7,390 Mio. Franken und somit 5,6 % über Budget. „Die Einnahmenschätzung muss jeweils früh im Voraus gemacht werden und ist nicht genau ausgefallen“, rechtfertigt das ressortzuständige Vorstandsmitglied. Erfreulich entwickelten sich auch die Bundesbeiträge und weitere Gelder für Absatzförderungsprojekte, die an die realisierten Kampagnen gebunden sind. Die Ausgaben von rund 12,803 Mio. Franken liegen 1,056 Mio. Franken oder 9 % über dem Budget. Die Budgetüberschreitung ist einerseits vor allem auf Promotionen für die Produktegruppen

Milch, Gemüse und Eier zurückzuführen (rund Fr. 400'000.-), für die entsprechende Beiträge von Branchenverbänden zur Verfügung standen. Andererseits wurden die Bio Pool resp. ICB Aktien abgeschrieben (Fr. 30'000.-) und eine Wertberichtigung von Fr. 100'000.- beim Darlehen an die Bio Schwand AG vorgenommen. Es resultiert ein Einnahmeüberschuss von 166'294.- Franken. Der Vorstand schlägt den Delegierten vor, vom Einnahmenüberschuss Fr. 120'000.- für das Projekt Milchviehberatung zur Verfügung zu stellen und die restlichen rund Fr. 46'300.- für Pflanzenzüchtungsprojekte zu verwenden. Claudia Lazzarini zeigt eine Zusammenstellung mit der Verwendung der SMP-Gelder: „Mit der aktuellen Buchführung ist leider nicht genau ersichtlich, was mit den Geldern passiert“. Das System hat sich aber bewährt und soll nicht geändert werden.

Ueli Künzle, Bergheimat, hätte gerne eine Aufstellung der Lizenzgebühren nach Inland und Import. Daniel Bärtschi: „Wir sind daran, mit unseren Lizenznehmern eine Aufstellung zu machen.“ Ein Bericht ist in Ausarbeitung und wird zur Verfügung gestellt. Es ist jedoch nicht möglich, die Lizenzgebühren systematisch auseinanderzunehmen, insbesondere bei den gemischten Produkten wie z.B. Mokkajogurt.

Gottfried Rupprecht, Trevision Treuhand und Revision AG, hat in Basel die Rechnung im Auftrag der DV geprüft. Der Revisionsbericht wurde im DV-Versand verschickt. Bio Suisse hatte der Bioschwand AG ein Darlehen von einer halben Million Franken gewährt. „Die Wertigkeit ist nicht bekannt, deshalb haben wir eine Rückstellung von hunderttausend Franken gemacht“, erklärt der Rechnungsprüfer. Falls das gesamte Darlehen zurückbezahlt wird, kann die Rückstellung wieder aufgelöst werden, ansonsten wird das Risiko auf mehrere Jahre verteilt.

Susanne Häfliger-Stäubli, GPK, beantragt in Übereinstimmung mit der Revisionsstelle, die Jahresrechnung 2013 zu genehmigen. Der GPK-Bericht wurde mit den DV-Unterlagen verschickt. Es gibt keine Fragen zum Bericht.

### **Abstimmung**

- ? Wer will die Jahresrechnung 2013 annehmen und den Einnahmeüberschuss von 166'294 Franken gemäss Antrag verwenden (Fr. 120'000.- für das Projekt Milchviehberatung und die restlichen rund Fr. 46'300.- für Pflanzenzüchtungsprojekte) und somit dem Vorstand Entlastung erteilen?

☞ **{grosse Mehrheit}**

? Wer lehnt die Jahresrechnung ab? ☞ **{keine Gegenstimme}**

? Enthaltungen? ☞ **{keine Enthaltungen}**

⇒ **Die Rechnung 2013 inklusive Revisionsbericht und Geschäftsprüfungsbericht wird mit grossem Mehr und ohne Gegenstimme, genehmigt. Der Einnahmenüberschuss von 166'294 Franken wird wie folgt verwendet: Fr. 120'000.- für das Projekt Milchviehberatung und die restlichen Fr. 46'294.- für Pflanzenzüchtungsprojekte. Die DV erteilt dem Vorstand Entlastung für die Führung der Geschäfte im Jahr 2013.**

## **2 Wahlen und weitere Beschlüsse**

### **2.1 Verabschiedung Claudia Lazzarini**

Die Vorstandskollegin Monika Rytz verabschiedet das Vorstandsmitglied Claudia Lazzarini. Die Biobäuerin aus dem Bündnerland hat drei Jahre im Bio Suisse Vorstand mitgewirkt und das Ressort Finanzen und Personal geführt. Claudia Lazzarini hat vor, wieder mehr Zeit mit ihrer Familie auf ihrem Betrieb im Puschlav zu verbringen. Die Familie kam im Rahmen ihrer Tätigkeit für den Vorstand, auch auf Grund des langen Anfahrtsweges, zu kurz.

### **2.2 Ersatzwahl von zwei Vorstandsmitgliedern**

Als Ersatz für Josef Stutz und Claudia Lazzarini werden zwei neue Vorstandsmitglieder für die verbleibende Amtszeit von zwei Jahren gewählt. Vier Kandidaten haben sich für die zwei Sitze gemeldet:

Claudio Gregori aus Bergün GR (unterstützt von Bio Grischun), Wendel Odermatt aus Wolfenschiessen NW (unterstützt von Bio Ob- und Nidwalden), Ruedi Vögele aus Neunkirch SH (unterstützt von Bio Zürich und Schaffhausen) und Hermann Arni aus Schleumen BE (unterstützt von den Bärner Bio Bure). Das Amt wurde im bioaktuell 1/14 und auf der Bio Suisse Homepage ausgeschrieben. Kurzlebensläufe und Motivationsschreiben der drei ersten Kandidaten sind in den DV-Unterlagen ersichtlich, ebenso die Empfehlungsschreiben der MOs. Die Kandidatur von Hermann Arni ist nach der Eingabefrist für den DV-Versand eingegangen. Die Unterlagen wurden den Delegierten per Email verschickt. Die vier Kandidaten stellen sich vor und Delegierte der entsprechenden Mitgliedorganisationen (MOs) erklären, warum sie ihre Kandidaten portieren. André Horisberger, Präsident der Fachkommission Ackerkulturen, hätte mit Ruedi Vögele gerne einen Ackerbauern im Vorstand. Vitus Schafer, Bio Freiburg, dankt den vier bestens qualifizierten Kandidaten, dass sie sich zur Verfügung stellen. Er empfiehlt den Delegierten den Berner Kandidaten zur Wahl: „Vor zwei Jahren haben die Delegierten mit Josef Stutz eine Person gewählt, die ins Amt gedrängt wurde, gegen eine motivierte Kandidatin der Bärner Bio Bure und letzten Herbst musste der Innerschweizer bereits wieder seinen Rücktritt geben“.

### Schriftliche Wahl zwei Vorstandsmitglieder

	1. Wahlgang (absolutes Mehr)	2. Wahlgang (einfaches Mehr)
▪ ausgeteilte Wahlzettel	98	98
▪ eingegangen	98	98
- leere oder ungültige Wahlzettel	0	0
▪ gültige Wahlzettel	98	98
▪ absolutes Mehr	<b>50</b>	–
▪ Stimmen haben erhalten / gewählt sind		
<b>Gregori Claudio, Bergün GR</b>	<b>62</b>	–
<b>Odermatt Wendel, Wolfenschiessen NW</b>	48	<b>44</b>
Vögele Ruedi, Neunkirch SH	43	35
Arni Hermann, Schleumen BE	28	19
leere Zeilen	15	0

⇒ **Gewählt für die verbleibende Amtszeit von zwei Jahren sind im ersten Wahlgang Claudio Gregori aus Bergün und im zweiten Wahlgang Wendel Odermatt aus Wolfenschiessen.**

## 2.3 Volksinitiativen Ernährungssicherheit und Lebensmittel (Antrag Bio NWCH)

Maya Graf, Nationalrätin, erhält die Gelegenheit, die sogenannte Fair-Food-Initiative der Grünen Partei vorzustellen. Markus Ritter konnte bereits letzten Herbst die Initiative zur Ernährungssicherheit des Schweizerischen Bauernverbandes (SBV) vorstellen. Maya Graf erläutert anhand von Folien Inhalt und Gründe der Initiative. Die Sammlung der Grünen beginnt im Mai. Die Einreichung ist im November 2015 geplant und nach bundesrätlicher Beratung wird die Volksinitiative im Parlament debattiert. Dieser Prozess geht mindestens vier Jahre. Maya Graf bittet um Unterstützung der beiden Initiativen, sowohl die Initiative zur Ernährungssicherheit des SBV als auch der Lebensmittelinitiative der Grünen Partei.

Milo Stoecklin legte die Argumente des Vorstands dar. Beide Initiativen stiessen bei der Verbandsbasis auf viel Sympathie, jedoch kamen auch die Nachteile zur Sprache. Der Vorstand hat beschlossen, eine neutrale Haltung zu den zwei lancierten Volksinitiativen zum Thema Ernährungssicherheit des Schweizerischen Bauernverbandes (SBV) und Lebensmittel der Grünen Partei einzunehmen und hat das Geschäft als Infotraktandum an der DV aufgeführt. Bio Nordwestschweiz war damit nicht einverstanden und verlangte per Antrag, eine Bio Suisse Position durch die Delegiertenversammlung zu beschliessen. Der Bio Suisse Vorstand befürchtet, dass gewisse Vertreter mit der SBV-Initiative vor allem die AP 14-17 rückgängig machen wollen. Zudem sind die Anliegen der SBV-Initiative allesamt bereits in der Verfassung abgedeckt. „Die SBV-Initiative ist darum unnötig und bindet Ressourcen, die Bio Suisse lieber für die Entwicklung anderer politischer Themen verwenden will“, erklärt das Vorstandsmitglied. Bei der Initiative der Grünen fürchtet der Vorstand, dass mit gesetzlichen Anforderungen an die Importprodukte ein Ar-

gument für Inlandprodukte verloren ginge. Wieso sollten Konsumenten teure Inlandprodukte kaufen, wenn der Staat garantiert, dass die ausländischen Produkte gleich gut oder besser sind. In der Diskussion um die AP 14-17 sind die Meinungen der Bauern stark auseinander gegangen. Der SBV hat mit der Lancierung einer Initiative ein verbindendes Thema gefunden. Die Initiative wird Antworten bringen aber keine Lösungen. Jeder Knospe-Bauer soll die Initiative selber unterstützen, aber bitte nicht Bio Suisse dazu zwingen.

Esther Zeltner, Bio Nordwestschweiz: „Ziel unseres Antrages ist, dass eine Diskussion an der DV stattfindet und die Delegierten eine Position beschliessen.“ Beide Initiativen haben unterstützungswerte Punkte. „Wir beantragen, dass beide unterstützt werden.“

Herbert Schär, Bio Ostschweiz, hat am 11.4.2014 einen Antrag eingereicht. Bio Ostschweiz möchte über die Unterstützung der beiden Initiativen Ernährungssicherheit (SBV) und Lebensmittelinitiative (Grüne Partei) separat befinden, da es zwei verschiedene Themen sind und die Initiative der Grünen Partei noch nicht offiziell lanciert ist. Bio Suisse soll die SBV-Initiative für Ernährungssicherheit offiziell unterstützen und der Vorstand über sinnvolle Massnahmen entscheiden. Bei der Initiative der Grünen empfehlen die Ostschweizer die neutrale Haltung des Vorstands.

Ueli Künzle, Bergheimat, verlangte ebenfalls per Antrag vom 11.4.2014 über beide Initiativen einzeln abzustimmen. Jedoch soll Bio Suisse beide Initiativen offiziell unterstützen. Der Bio Suisse-Vorstand soll über die Beteiligung an Unterschriftensammlungen sowie über eine mögliche finanzielle Unterstützung entscheiden. Maurus Gerber, Bergheimat, lässt das Argument des Vorstandes nicht gelten, dass die SBV-Initiative wieder zurück vor die AP 14-17 wolle. Er verlangt eine verbesserte Planungssicherheit für die Landwirte.

Willy Cretegnny, Bio Genève, stützt den Antrag von Bio Nordwestschweiz. Bio Suisse soll beide Initiativen unterstützen. Beide wollen die Produkte aus der Schweiz vorziehen, auch wenn das nicht direkt so gesagt wird. Der Winzer hat bereits das Referendum gegen die AP 14-17 unterstützt. Mit den Initiativen bleibt die Debatte erhalten. Er möchte wissen, ob der Bauernverband die Initiative der Grünen auch unterstützt.

Francis Egger, SBV, betont die Bedeutung der Unterstützung von Bio Suisse: „Wir haben bereits über 90'000 Unterschriften gesammelt und können bereits im Juli einreichen. Beide Initiativen sind komplementär. Der Initiativtext ist auf Verfassungsstufe und daher sehr allgemein gehalten. Die Konkretisierung wird nach Annahme auf Gesetzesstufe kommen. „Wir haben gut mit den Grünen zusammengearbeitet und grundsätzlich eine grosse Sympathie für die Lebensmittel-Initiative“, erklärt der Leiter des Departements Wirtschaft, Bildung und Internationales des SBV. Der definitive Text sei aber noch nicht diskutiert worden.

Urs Brändli betont, dass jeder Biobetrieb beim SBV Mitglied ist und viele haben bei der Unterschriftensammlung mitgeholfen. Bio Suisse soll nicht Finanzmittel in die Unterstützung der Initiative investieren. Esther Zeltner, Bio Nordwestschweiz: „Unser Antrag war nicht, zwingend Gelder zu sprechen.“ Es geht um die ideelle Unterstützung.

### **1) Abstimmung über die beiden Volksinitiativen gemeinsam oder getrennt**

- ? Soll über die beiden Volksinitiativen separat abgestimmt werden? ☞ **{24 Stimmen}**
- ? Soll über die beiden Volksinitiativen gemeinsam, im Paket, abgestimmt werden? ☞ **{65 Stimmen}**

### **2) Abstimmung gemeinsam im Paket**

- ? Soll Bio Suisse die beiden Volksinitiativen zum Thema Ernährungssicherheit (SBV) und Lebensmittel (Grüne Partei) offiziell unterstützen? ☞ **{39 Stimmen}**
- ? Soll Bio Suisse eine neutrale Haltung zu den zwei lancierten Volksinitiativen einnehmen? ☞ **{51 Stimmen}**
- ? Enthaltungen ☞ **{4 Enthaltungen}**

- ⇒ **Die Versammlung folgt der Position des Vorstandes und beschliesst eine neutrale Haltung. Die Initiativen werden zurzeit weder unterstützt noch abgelehnt. Zu einem späteren Zeitpunkt wird sich Bio Suisse erneut mit den beiden Initiativen und allfälligen Gegenvorschlägen befassen und allenfalls eine Abstimmungsparole beschliessen. Bis dahin wird Bio Suisse darauf hinwirken, dass die kritischen Elemente der aktuellen Agrarpolitik 2014-2017 verbessert werden.**

## **2.4 Fairer Handel im Biomilchmarkt (Antrag Bärner Bio Bure)**

---

Bruno Wermuth: Bärner Bio Bure haben den Antrag gemeinsam mit der Berner Biomilch Gesellschaft eingereicht. Sie wünschen einen solidarisch funktionierenden Biomilchmarkt in der Schweiz und wollen damit erwirken, dass sich alle Biomilchproduzenten der weissen Linie (Industriemilch) an Überschüssen beteiligen. Bio Suisse soll dazu einen Vorschlag ausarbeiten. Es soll nicht ein Fonds geüffnet werden damit die Einbussen bezahlt werden, sondern Transparenz geschaffen und der Dialog gefördert werden. Via Bio Suisse Fachkommission Milch sollen alle Marktteilnehmer an den runden Tisch geholt werden. Ziel ist Vertrauen gewinnen und Lösungen zum akuten Problem am Biomilchmarkt zu finden. Kathrin Schneider, Präsidentin der Bärner Bio Bure gibt zu verstehen, dass die Situation prekär ist und dringend Handlungsbedarf besteht: „Im Berggebiet gibt es Biobetriebe, die einen tieferen Milchpreis haben als die konventionellen Nachbarn“.

Ueli Künzle, Bergheimat, verlangt per Antrag vom 11.4.2014, dass der Bio Suisse-Vorstand beauftragt wird, Modelle zur internen Mengenregulierung auf Produzentenebene auszuarbeiten und der Herbst-DV 2014 zu unterbreiten. Er bedauert, dass es den Werbe- und Marketingspezialisten von Bio Suisse bis anhin nicht gelungen ist, mit jährlich fast 900'000 Franken SMP-Beiträgen den Biomilchmarkt einigermaßen im Gleichgewicht zu halten. Die SMP-Gelder sollen effizienter eingesetzt werden. Mittel und Wege suchen, das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage eigenhändig in den Griff zu bekommen, ohne dabei Milch in den konventionellen Kanal zurück zu stufen. Mit dem Antrag der Bärner Bio Bure besteht die Gefahr, dass einmal mehr die Masshalter bestraft und die „Turbo-Melker“ belohnt werden. Der Titel „Fairer Handel“ trifft nicht ganz zu, es geht eher um Solidarität beim Antrag der Bärner Bio Bure. Maurus Gerber, Bergheimat, ergänzt: „Wir sollten besser bereits bei der Produktion die Mengen in den Griff kriegen, nicht erst beim Absatz.“

Urs Brändli: „Wir sehen, dass Handlungsbedarf besteht und stellen deshalb einen Gegenantrag“ Antrag: Der Bio Suisse Vorstand wird beauftragt, sich bei den Marktakteuren des Biomilchmarktes für faire Verhältnisse unter den Biomilchproduzenten einzusetzen. Berichterstattung erfolgt an der Herbst-DV 2014. „Wir hatten in den letzten Jahren bereits viele Lösungen diskutiert und ausprobiert“, weiss der ehemalige Präsident der Fachkommission Milch. Fairness lässt sich nicht erzwingen.

Maurus Gerber, Bergheimat, und Bruno Wermuth, Bärner Bio Bure, ziehen ihre Anträge zugunsten des Gegenantrages vom Vorstand zurück.

### **Abstimmung**

? Soll der Bio Suisse Vorstand beauftragt werden, sich bei den Marktakteuren des Biomilchmarktes für faire Verhältnisse unter den Biomilchproduzenten einzusetzen und der Herbst-DV 2014 Bericht erstatten? ☞ **{grosses Mehr}**

? Gegenmehr: Gegenmehr: Soll der Antrag abgelehnt werden? ☞ {keine Gegenstimme}

? Enthaltungen ☞ **{1 Enthaltung}**

- ⇒ **Der Bio Suisse Vorstand wird beauftragt, sich bei den Marktakteuren des Biomilchmarktes für faire Verhältnisse unter den Biomilchproduzenten einzusetzen. Berichterstattung erfolgt an der Herbst-DV 2014.**

## 3 Richtlinienengeschäfte

### 3.1 Graslandbasierte Milch- und Fleischproduktion

Urs Brändli: Das neu in der Agrarpolitik 14-17 eingeführte Programm „Graslandbasierte Milch- und Fleischproduktion“ (GMF) soll per 2018 für alle Knospe-Betriebe verbindlich werden. Der Vorstand hat dieses Anliegen der Milchmarktrunde und Markenkommission Anbau aufgenommen. Das bedeutet, Raufutter verzehrende Nutztiere würden künftig mit mindestens 75 Prozent Grasanteil in der Ration gefüttert, im Berggebiet mit 85 Prozent. Damit soll Bio Suisse den Wert der Knospe-Milch und der Knospe-Fleischprodukte von Wiederkäuern weiter stärken, damit diese künftig noch klarer ökologisch und gesellschaftlich nachhaltig positioniert werden können. GMF ist eine Strategie und passt zur Knospe. Die strategische Ausrichtung der Fütterung wurde bereits 1992 in den Richtlinien erwähnt: Die Fütterung der Nutztiere soll die menschliche Ernährung nicht direkt konkurrenzieren. Um dieser Forderung gerecht zu werden, wurden konkrete Eckwerte definiert: Wiederkäuer müssen mit mindestens 90% frischem, getrocknetem oder siliertem Raufutter gefüttert werden. Nach wie vor können bis zu 10% Kraftfutter eingesetzt werden. Grösserer Teil des Kraftfutters stammt aus dem Ausland, Eiweiss zu über 90%. Ackerfutter wie Silomais verdrängt andere Ackerkulturen, welche direkt der menschlichen Ernährung dienen. Ein hoher Silomaisanteil in der Fruchtfolge ist ungünstig für den Boden (Erosion, Ernte). Kunstwiese kann den Nährstoffbedarf dank Leguminosen z.T. selber decken. Gras soll Hauptbestandteil des Raufutteranteils sein. Die Bio Suisse Gremien haben entschieden, nicht einzelne Eckpunkte anzupassen (z.B. Kraftfutterlimite 5 %), sondern das neue Programm GMF mittelfristig als verbindlichen Knospe-Standard zu definieren. Je früher die Biobauern wissen wohin es geht, je besser können sie sich darauf einstellen. Deshalb soll die Regelung bereits heute verabschiedet werden. Schätzungen deuten darauf hin, dass eine deutliche Mehrheit GMF schon erfüllt. Neu wird der Mindestanteil von Gras in der Gesamtration definiert: Tal 75%, Berg 85%. Alles andere ist praktisch identisch mit den heute gültigen Richtlinien. Passen die Kühe nicht zum Betrieb und zum vorhandenen Futter, muss gehandelt werden. Tiergesundheit und Antibiotikaeinsatz hängt stark mit der Fütterung zusammen.

Esther Zeltner, Bio Nordwestschweiz, hat am 8.4.2014 einen Antrag zum GMF-Geschäft eingereicht. An der Basisversammlung wurde entschieden, einen Rückweisungsantrag einzureichen. Eine Richtlinienänderung soll zurückgestellt werden, bis offene Fragen geklärt sind. Das Programm ist in der Praxis noch nicht geprüft und es ist nicht klar wie viele Betriebe betroffen sind. GMF legt nicht fest, wo das zu fütternde Gras produziert wird. Die Silomaisfütterung entspricht dem Grundsatz der betriebseigenen Fütterung im Gegensatz zu zugekaufter Luzerne aus Italien. Berechnungsgrundlage: GMF rechnet mit zu geringem Verzehr. Mais ist eine gute Alternative für trockene Standorte. Die Fütterung von Energie- und Rohfaserreicher Maissilage leistet einen wichtigen Beitrag für das Wohlergehen der Tiere. Durch Eigenanbau bleiben Nährstoffe im betriebseigenen Kreislauf. Kürzlich getätigte Investitionen in Siloanlagen werden mit GMF in Frage gestellt.

Helmuth Gstöhl, Bio Liechtenstein: Die Mitgliederorganisationen Bio Liechtenstein, Bio Ostschweiz und Bio Grischun stellten am 10.4.2014 den Antrag das Geschäft GMF um ein Jahr zu verschieben. Zugleich werden die Gremien der Bio Suisse, die sich mit der Ausrichtung der Fütterungsstrategie befassen, beauftragt die Basis aktiv in den Entscheidungsprozess miteinzubeziehen. Es gibt gute Gründe, GMF verbindlich zu erklären. Es braucht aber zuerst eine Grundsatzdiskussion.

Thomas Herwig: Bio Jura hat an einer Basisversammlung die Ablehnung beschlossen. Jeder Biobetrieb soll selber entscheiden, ob er bei GMF mitmachen will. Das Programm des Bundes spricht einzelne Produzenten an, nicht gesamte Organisationen. Der Biomilchmarkt in Deutschland wird mit dem Ende der Milchkontingentierung aufdrehen und somit der Konkurrenzdruck steigen. Jakob Treichler, Bio Zug: Empfiehlt das Geschäft zurückzuweisen. Ackerbaubetriebe werden tendenziell bestraft.

Urs Brändli stellt das Abstimmungsprozedere zum Thema GMF vor: Zuerst Ausmehren Rückweisungsantrag Bio NWCH gegen Rückweisungsantrag aus der Ostschweiz, dann Abstimmung über die Rückweisung. Falls nicht zurückgewiesen, wird dann über die Richtlinienänderung abgestimmt. Esther Zeltner zieht den Antrag von Bio Nordwestschweiz zugunsten des Rückweisungsantrages von Bio Liechtenstein,

Bio Ostschweiz und Bio Grischun zurück. Somit ist ein Ausmehren der Rückweisungsanträge nicht notwendig.

### **Abstimmung Rückweisung Richtlinien GMF**

- ? Soll das Geschäft GMF zurückgewiesen werden, d.h. die Richtlinienänderung wird an einer kommenden DV zur Abstimmung gebracht? ☞ **{62 Stimmen}**
- ? Gegenmehr: Soll die Rückweisung abgelehnt werden, d.h. es wird heute über die Richtlinienänderung GMF abgestimmt? ☞ **{21 Gegenstimmen}**
- ? Enthaltungen? ☞ **{nicht erhoben}**

⇒ **Die Grundsätze in den Richtlinien Teil II Kapitel 4.2, Fütterung, werden vorerst nicht geändert. Das Geschäft „Verbindlichkeit der graslandbasierten Milch- und Fleischproduktion (GMF) ab 2018“ wird um ein Jahr verschoben. Die Bio Suisse Gremien, die sich mit der Ausrichtung der Fütterungsstrategie befassen, werden beauftragt die Basis aktiv in den Entscheidungsprozess einzubeziehen.**

## **3.2 Verbot von GVO-Medikamenten**

---

Monika Rytz, Vorstand: Die Schweizer Bergheimat forderte vor zwei Jahren an der DV, den Einsatz von gentechnisch hergestellten Tierbehandlungsmitteln zu verbieten analog zum Pflanzenbau, dort ist der Einsatz von gentechnisch hergestellten Pflanzenschutzmitteln ebenfalls verboten. Der Vorstand bringt heute einen Vorschlag an die DV: Tierarzneimittel, Impfstoffe und andere Immunbiologika, die GVO enthalten, sollen verboten werden. Medikamente, bei denen im Herstellungsprozess GVO zum Einsatz kommen, die im Endprodukt aber keine GVO mehr enthalten, sollen gemäss Vorstandsantrag weiter verwendet werden. Die Kennzeichnung ist mit der aktuellen Gesetzgebung nicht möglich, weil keine Deklarationspflicht besteht. Aber klar ist, im Biolandbau liegt der Fokus auf Prophylaxe und Gesunderhaltung der Tiere, statt auf Behandlung.

### **Abstimmung Richtlinie GVO-Medikamente**

- ? Sollen die Richtlinien Teil II Kapitel 4.5 gemäss Antrag des Vorstandes ergänzt werden? ☞ **{grosses Mehr}**
- ? Gegenmehr: Soll die Richtlinienänderung abgelehnt werden? ☞ **{2 Gegenstimmen}**
- ? Enthaltungen? ☞ **{3 Enthaltungen}**

⇒ **Die Grundsätze in den Richtlinien Teil II Kapitel 4.5 Tiergesundheit, werden per 1.1.2015 wie folgt ergänzt:**

Tierarzneimittel, Impfstoffe und andere Immunbiologika, welche gentechnisch veränderte Organismen enthalten, dürfen nicht eingesetzt werden.

## **3.3 Einsatz Gärgülle und Gärgut (Antrag der Zentralschweizer Mitgliedorganisationen)**

---

Josef Bircher von Bio Luzern erklärt den Antrag aus der Zentralschweiz: In industrielle und halbindustrielle Biogasanlagen gelangen bedenkliche Substrate wie Glycerin und Öle oder Gastro- und Schlachtabfälle. Die Anlagebetreiber suchen landwirtschaftliche Flächen, um die Gärreste quasi zu entsorgen. Die Düngerwirkung von Gärgülle entspricht derjenigen von Ammonsalpeter. Ihr Einfluss auf die Bodenfruchtbarkeit ist nicht im Sinn des Biogedankens. Die langfristigen Wirkungen von Belastungen mit organischen Schadstoffen im Boden sind unerforscht. „Wir sind zudem überzeugt, dass die innere Qualität der Erzeugnisse leidet“, erklärt Josef Bircher. Er zeigt auf Grafiken und Tabellen Definitionen von Material landwirtschaftlicher und nichtlandwirtschaftlicher Herkunft respektive was für Stoffe heute auf die Felder gelangen. Deshalb beantragen die Zentralschweizer Biovereine nachfolgenden Text in die Grundsätze und Ziele der Richtlinien, Teil II, Kapitel 2.4 Nährstoffversorgung, aufzunehmen: Der Einsatz von vergorenen Materialien aus Biogasanlagen auf die Felder, kann die Bodenfruchtbarkeit und die Umwelt negativ beeinflussen. Deshalb ist der Einsatz von Gärgülle und Gärgut zu beschränken. Die Delegiertenver-



sammlung erteilt zudem dem Vorstand den Auftrag, auf Stufe Weisungen den Einsatz von Gärgülle und Gärgut zu regeln und per 1.1.2015 in Kraft zu setzen. Die Initianten des Antrages der Zentralschweizer Biovereine möchten gerne bei der Ausarbeitung einbezogen werden.

Monika Rytz, Vorstand, verweist auf die bereits recht umfangreichen Richtlinien und Einschränkungen zum Einsatz von Gärresten. „Der Vorstand ist sich der Problematik bewusst, jedoch ist die Nährstoffversorgung ein vielschichtiges Thema“, sagt sie. Es ist nicht sinnvoll nur ein Puzzlestück herauszupicken. Der Vorstand hat deshalb einen Gegenantrag formuliert. Er will eine Arbeitsgruppe einsetzen, welche die offenen Fragen zum Thema Gärgüleeinsatz und die Grundlagen zur Nährstoffversorgung im Allgemeinen erarbeiten soll. Neben der Nährstoffzufuhr soll auch die Nährstoffabgabe in Betracht gezogen werden. Alle betroffenen Kreise sollen einbezogen werden (Bio Zentralschweiz...). Heute soll kein neuer Grundsatz in die Richtlinien aufgenommen werden. Eine Richtlinienänderung erfolgt frühestens per 1.1.2016. Monika Rytz zeigt auf Folien die heute bereits bestehenden Einschränkungen zum Gär-güleeinsatz.

Ueli Künzle, Bergheimat, hat am 11.4.2014 einen Änderungsantrag eingereicht. Die Richtlinien Teil II Kapitel 2.4 Nährstoffversorgung sollen wie folgt ergänzt werden: Für die Zufuhr von Materialien zur Vergärung gilt eine Einschränkung der Transportdistanz (Luftlinie) von 20 km. Begründung: Richtlinienkapitel 2.4.3.2 „Recyclingdünger“ gibt Distanzlimiten vor. Wenn der Einsatz von Gärgut und Gärgülle beschränkt werden soll, muss folgerichtig auch für die Zufuhr die kürzeste Distanz gelten, also 20 km.

Michael Müller, Knospe-Bauer und Präsident der Genossenschaft Ökostrom Schweiz: Der Antrag der Zentralschweiz hätte weitgehende Auswirkungen für die Biobetriebe, auch auf seinem Betrieb, der in zweiter Generation biologisch bewirtschaftet wird. Eine Diskussion ist erwünscht, aber mit Einbezug von den Fachgremien. Er ist bereit gemeinsam etwas auszuarbeiten.

Matthieu Glauser, Bio-Vaud: In der Westschweiz ist die Situation anders als in der Zentralschweiz. Es sind wenige Nährstoffe vorhanden und der Ackerbau ist auf diese angewiesen. Organische Abfälle der Städte sollten wieder zurück auf die Betriebe. Ein Verbot von Gärgülle würde den Einsatz von Handelsdüngern wie Biorga erhöhen, die mit Energieaufwand hergestellt werden.

Hansueli Dierauer, FiBL: Das Forschungsinstitut für Biolandbau hat zwei Experten, die sich ausführlich mit der Materie befassen haben. Sie haben zu jedem Argument im Antrag der Zentralschweiz auch Gegenargumente. Biogasanlagen werden bereits genauestens kontrolliert. Es macht sicher Sinn, das Thema Nährstoffzufuhr zu diskutieren.

Urs Brändli erklärt das Abstimmungsprozedere: Zuerst wird über den Antrag Bergheimat Einführung einer Distanzlimite für Recyclingdünger abgestimmt. Danach wird der Gegenantrag des Vorstandes gegen den Antrag der Zentralschweizer MOs ausgemehrt und dann folgt die Schlussabstimmung über die Richtlinien Gärgülle und Gärgut. Ueli Künzle zieht den Antrag der Bergheimat betreffend Distanzlimite von Recyclingdüngern zurück. Josef Bircher zieht den Antrag der Zentralschweizer Mitgliedorganisationen vom 13.2.2014 ebenfalls zurück, zugunsten des Gegenantrages des Vorstandes.

### **Abstimmung Richtlinien Gärgülle und Gärgut**

? Sollen unter Einbezug der betroffenen Kreise Grundlagen zur Nährstoffversorgung erarbeitet werden (Nährstoffzufuhr und Abgabe) und frühestens per 1.1.2016 Richtlinien angepasst werden?

☞ **{grosses Mehr}**

? Sollen keine Richtlinienänderungen ausgearbeitet werden? ☞ **{keine Gegenstimme}**

? Enthaltungen? ☞ **{1 Enthaltung}**

⇒ **Die Grundsätze in den Richtlinien Teil II Kapitel 2.4 Nährstoffversorgung, werden vorerst nicht ergänzt. Der Vorstand setzt eine Arbeitsgruppe ein, die sich dem Thema annimmt und alle betroffenen Kreise einbezieht (unter anderem die Antragsteller aus der Zentralschweiz). Die Arbeitsgruppe erarbeitet Grundlagen zur gesamten Nährstoffversorgung, neben der Nährstoffzufuhr auch die Abgabe. Eine Richtlinienänderung erfolgt frühestens per 1.1.2016.**

### 3.4 Soziale Anforderungen (Antrag Bio Genève)

---

Willy Cretegny, Bio Genève, verlangte per Antrag an die DV (wurde am 13.3.2013 mit den DV-Unterlagen verschickt), dass Bio Suisse die Arbeitsbedingungen auf Knospe-Betrieben für landwirtschaftliche Mitarbeiter auf nationaler Ebene regelt. Der Vorstand soll minimale soziale Anforderungen für die Schweizer Knospe-Betriebe erlassen, insbesondere maximale Arbeitszeiten und minimale Löhne für landwirtschaftliche Angestellte. Im Weiteren soll sich der Vorstand entschieden bei Behörden und landwirtschaftlichen Organisationen für eine Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen einsetzen. Ein Gemüseproduzent im Kanton Genf hat heute höhere Mitarbeiterkosten als ein Kollege in anderen Kantonen. Die Preise für die Produkte seien jedoch gleich. Der Genfer Winzer setzt sich in einem feurigen Referat für die Aufnahme von gerechten Arbeitsbedingungen ein. Die Pioniere von Bio Suisse hätten auch nicht auf den Bauernverband und die Politik gewartet um sich für eine umweltgerechte Landwirtschaft einzusetzen. Ebenso sei es nun die Verantwortung von Bio Suisse sich für gerechte soziale Arbeitsbedingungen auf den Knospe-Betrieben in der Schweiz zu engagieren. Einerseits gehe es um die Imagepflege, soziale Standards nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Realität umsetzen und gleiche Anforderungen für alle Betriebe in der Schweiz zu schaffen.

Monika Rytz, Vorstand, hat einen Gegenantrag formuliert. Der Vorstand möchte nur den zweiten Teil des Antrages aufnehmen und zwar wie folgt: Der Vorstand setzt sich entschieden bei Behörden und landwirtschaftlichen Organisationen für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen ein. Begründung: Bio Suisse hat 2007 soziale Standards in die Richtlinien aufgenommen auf Niveau der gesetzlichen Bestimmungen. Selbstdeklaration und schriftliche Verträge sind Pflicht. Die Landwirtschaft untersteht nicht dem Arbeitsgesetz. Die Branche hat sich mit Normalarbeitsverträgen (NAV) für die Landwirtschaft kantonal beholfen. In der Regel 55 Std. pro Woche im NAV. Genf hat 2013 reduziert auf 45 Std./Woche. Lohnrichtlinien handeln der Bauernverband und die Arbeitnehmervertretung aus. Bio Suisse ist kein Tarifverhandlungspartner. 2014 wurde ein Minimallohn von 3200 Franken (1% mehr als 2013) vereinbart. Manche Kantone übernehmen diese als Minimallohn in den NAV. Der Minimallohn im NAV Genf wurde auf 3300 Franken festgelegt. Monika Rytz präsentiert eine Analyse der Vor- und Nachteile auf Folien.

Thomas Herwig, Bio-Jura, spricht sich gegen den Antrag aus, obwohl er bemerkt, dass das Herzblut von Willy Cretegny für die Arbeitnehmer beachtenswert ist. Martin Köchli, Bioforum, bedauert, dass körperlich tätige Berufsgruppen in leichtere Positionen ausweichen und schweisstreibende Aktivitäten in die Freizeit getrieben werden: „Wenn wir den Gemüseschneidern wieder die gleiche gesellschaftliche Anerkennung entgegenbringen würden wie den Joggern, wären die Probleme gelöst“. Bruno Wermuth, Bärner Bio Bure: Die Landwirtschaft ist sich bewusst dass eine 45 Stundenwoche eine Illusion ist. Es gibt sogar Intellektuelle die es wieder zurück in die Landwirtschaft zieht. Jakob Treichler, Bio Zug: „Der Antrag von Bio Genève hat Hand und Fuss, aber wenn ich diese Löhne auf meinem Betrieb zahlen soll, wäre das sehr schwierig.“ Herman lutke Schipholt, Demeter, meint lakonisch: „Ich arbeite nur bis fünf Uhr, melken ist Freizeit.“

Willy Cretegny: Bio Suisse hat ein Label und Richtlinien und kann, wenn die Delegierten den Willen haben, diese sozialen Anforderungen in der Schweiz durchsetzen. „Auch wir Bauern in Genf arbeiten mehr als 45 Stunden, nur werden diese Überstunden bezahlt.“ Viele Landwirte möchten gerne gerechte Löhne bezahlen. Dazu brauchen wir Produzentenpreise die dies auch ermöglichen. „Wir möchten morgen die finanziellen Möglichkeiten haben, unseren Mitarbeitern gerechte Löhne zu zahlen.“

#### **Abstimmung: Ausmehren Antrag Vorstand gegen Antrag Bio Genève**

- ? Soll gemäss Antrag des Vorstandes vorgegangen werden, d.h. Bio Suisse setzt sich entschieden bei Behörden und landwirtschaftlichen Organisationen für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen ein? ☞ **{grosses Mehr}**
- ? Soll gemäss Antrag von Bio Genève vom 23.2.2014 vorgegangen werden, d.h. Bio Suisse wird beauftragt, minimale soziale Anforderungen für die Schweizer Knospe-Betriebe zu erlassen, insbesondere betreffend maximalen Arbeitszeiten und Lohn? ☞ **{6 Stimmen}**

### **Schlussabstimmung Soziale Anforderungen**

- ? Soll sich der Bio Suisse Vorstand bei Behörden und landwirtschaftlichen Organisationen entschieden für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen einsetzen? ☞ **{35 Stimmen}**
- ? Gegenmehr: Soll der Antrag abgelehnt werden. ☞ **{42 Stimmen}**
- ? Enthaltungen ☞ **{6 Enthaltungen}**

⇒ **Sowohl der Antrag von Bio Genève wie auch der Gegenantrag des Vorstandes sind abgelehnt.**

## **4 Informationsgeschäfte**

### **4.1 Optimierung Kommissionsstrukturen**

Urs Brändli: Eine Projektgruppe hat im Auftrag des Vorstandes unter dem Vorsitz von Urs Brändli die Kommissionsarbeit reflektiert und Vorschläge zur Optimierung entwickelt. Mitglieder: Danielle Rouiller (Bildungskommission), Monika Rytz (Markenkommissionen), Daniel Bärtschi (Geschäftsführung), Hans Ramseier (Qualitätssicherung), Jürg Schenkel (Marketing), Christian Voegeli (Projektleitung), Strohm Oliver (Moderation) und bis letzten November Josef Stutz (Fachkommissionen). Urs Brändli zeigt auf Folie rückblickend wer, wann, wie in das Projekt eingebunden wurde und die Ziele, die mit der Reform erreicht werden sollen: 1) Vorstand und seine Gremien auf strategische Rolle fokussieren und Stärken der Innovationswirkung im Verband. 2) Vorstand von Detailaufgaben entlasten, Kompetenzen an neue, unterstellte Gremien delegieren; Vorberatung von Vorstandsgeschäften in Gremien; Vorstandsmitglieder nutzen ihre begrenzte Zeit für die Verbandsführung und Strategiediskussion. 3) Wirksamere Vernetzung der bestehenden Kommissionen mit der Geschäftsstelle und den übergeordneten Gremien. 4) Stärkere Unterstützung in Markt Bereichen (Milch, Fleisch, Eier, Ackerkulturen, Obst, Wein, Gemüse, Kräuter und Zierpflanzen); Auflösung von Rollenkonflikten in Fachkommissionen. 5) Entflechten der Image- und Sortimentsentscheide von den Markenkommissionen; Mitbestimmung und Mitwirkung der Mitglieder weiter fördern. Eine Gesamtrevision der Statuten ist in Ausarbeitung und soll an der Herbst-DV 2014 zur Abstimmung kommen. Die Reform soll dann innert einem Jahr nach der Verabschiedung umgesetzt werden. Ein Marktgremium soll zur Beratung des Vorstandes eingesetzt werden. Die Fachkommissionen werden in Fachgruppen zur Beratung der Geschäftsstelle umgebaut. Die Fachgruppen sind vertreten im Markt-gremium. Ein Innovationsgremium wird eingesetzt, bei Bedarf ergänzt mit einem Bildungsausschuss (heutige Bildungskommission) und einem Forschungsausschuss. Ein Qualitätsgremium wird eingesetzt und bestehende Markenkommissionen angehängt. Der Vorstand wird von Einsparungen gegen Vollzugsentscheide zu Richtlinien entlastet (neu beim Qualitätsgremium vorgesehen). Die Verbindung und Koordination Gremienarbeit soll verbessert werden, indem in jedem direktunterstellten Gremium des Vorstandes ein Vorstands- und Geschäftsleitungsmitglied einsetzt.

### **4.2 Ökologische Pflanzenzüchtung**

Martin Bossard, Leiter Politik: An der Frühlings-DV 2013 wurde eine neue Richtlinie „Ökologische Pflanzenzüchtung“ verabschiedet. Die Kommissionen arbeiten zurzeit Weisungen aus. Neben Gentechnik ist CMS eine weitere umstrittene Pflanzenzüchtungsmethode. Herausforderung ist v.a. beim Gemüsebau, die CMS-Hybriden zu ersetzen. Beim Bund wurde ein QuNaV-Projekt eingegeben. QuNaV ist die neue Verordnung zur Förderung von Qualität und Nachhaltigkeit in der Land- und Ernährungswirtschaft. Weiter ist ein Vermarktungsprojekt in Ausarbeitung gemeinsam mit der Organisation Bioverita. Bio Suisse unterstützt auch 2014 wiederum Züchtungsprojekte. 17 Projekte wurden eingegeben, 8 wurden bewilligt. Sativa Rheinau AG arbeitet an Kreuzblütlern wie Broccoli, mit dem Ziel Alternativen zu CMS-Sorten hervorzubringen, der Verein GZPK züchtet an Mahlweizensorten, Sommererbsen, Körnerleguminosen, Sonnenblumen und Proteinmais als Alternative für Soja. Der Verein Poma Culta sucht feuerbrandresistente Apfelsorten. Das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) erarbeitet eine Pflanzenzüchtungsstrategie aufgrund von Vorstößen von Maya Graf. Eine Arbeitsgruppe wurde eingesetzt. Der Bauernverband hat das Anliegen mehr Pflanzenzüchtung für Biolandbau unterstützt. Der Bericht vom BLW zur Gentechnik wird bald veröffentlicht. Es schimmert durch, dass ein Weg ohne Gentechnik weiterhin möglich bleibt. GVO bietet auch für konventionelle Landwirtschaft mehr Probleme als Lösungen.

### 4.3 Bericht über politische Geschäfte

---

Martin Bossard berichtet über die laufenden politischen Geschäfte. Bei der Swissness-Vorlage setzte sich die 80%-Regel durch (Milch 100%), nachdem alle möglichen Lösungen im Gespräch waren. Diese Lösung hat Bio Suisse von Anfang an favorisiert. Zurzeit ist die Verordnung zur Umsetzung im BLW. „Der Teufel steckt im Detail“, erklärt der Leiter Politik. Lösungen werden gesucht für Betriebe mit Flächen im Ausland, verarbeitete Produkte, Schweizer Schokolade. Es werden Zutaten definiert, die schweizerisch sein müssen. Wenn ein Rohstoff fehlt in der Schweiz, wird das Schweizerkreuz ebenfalls auf den Produkten sein. Die definitive Auslegung folgt. Auch die Verordnungen zur Agrarpolitik 2014-17 sind noch in Diskussion. Betreffend Graslandbasierter Milch- und Fleischproduktion begrüsst das BLW, wenn Bio Suisse nicht zu schnell vordringt. Ein Bericht zu den Standardarbeitskräften SAK (Postulat Leo Müller) ist in Ausarbeitung. Herausforderung ist, dass SAK nicht nur direktzahlungsrelevant sind, sondern auch das Bodenrecht betreffen. Am 5. Mai wird der Schlussbericht herausgegeben, eine Regelung ist auf 2016 geplant. Die eidgenössische Anstalt EAWAG in fünf Mittellandgewässer hat Messungen durchgeführt. Über einhundert Pestizide wurden gefunden, im Durchschnitt pro Gewässer über 75. Seit 2007 werden in der Schweiz jährlich deutlich über 2000 Tonnen Pflanzenschutzmittel verkauft. Greenpeace, Pro Natura, der Schweizer Vogelschutz sowie der WWF verlangen vom Bund einen Plan zur Pestizidreduktion. Im europäischen Vergleich kommen in der Schweiz beträchtliche Mengen an Pflanzenschutzmitteln zur Anwendung, fast doppelt so viele wie im angrenzenden Ausland. In Deutschland wurde ein nationaler Aktionsplan zur Pestizidreduktion beschlossen. Aufgrund eines Postulats der grünliberalen Nationalrätin Tiana Moser prüft nun der Bundesrat, ob es in der Schweiz einen Aktionsplan zur Risikominimierung und nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln braucht.

### 4.4 Referat Maya Graf, ehemalige Nationalratspräsidentin

---

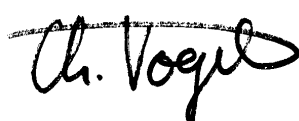
Zum Abschluss der Frühjahrs-DV von Bio Suisse spricht die grüne Baselbieter Nationalrätin und Biobäuerin Maya Graf als Gastrednerin. Sie betont in ihrem Referat die Verantwortung der Bauernfamilien. Diese ist nicht nur im heurigen Internationalen Jahr der bäuerlichen Familienbetriebe gross. „So wie wir essen sieht die Welt aus“, erklärt die Biobäuerin. Etwa fünf Prozent der Erdoberfläche ist Ackerfläche. Ein grosser Teil wird durch kleinstrukturierte Landwirtschaft von Bauernfamilien bebaut. Maya Graf berichtet von Eindrücken einer Reise durch Tansania, die sie im vergangenen Jahr als Nationalratspräsidentin machen durfte. Sie zitiert unter anderem aus Studien, welche die Industrielandwirtschaft als Auslaufmodell sehen. Der Weltagrarbericht kommt zum Schluss, dass nur kleinbäuerliche Landwirtschaft die Welt ernähren kann. Um den Hunger von 800 Millionen Menschen – vor allem auf der Südhalbkugel – zu stillen, braucht es keine globalen Multis, sondern lokale Bauernfamilien und Kooperationen. Die bäuerliche Landwirtschaft ist jedoch in Gefahr durch Ausverkauf von Landwirtschaftsland. Am sogenannten „Land Grabbing“ sind auch Unternehmungen aus Europa beteiligt. Das weltweite Modell der Ernährungssouveränität ist der Schlüssel für eine stabile Nahrungsversorgung, nicht nur in der Schweiz sondern auf der ganzen Welt. Die Nutztierhaltung muss bodenabhängiger werden. Dazu braucht es Menschen die Verantwortung übernehmen. Maya Graf dankt den Biobäuerinnen und Biobauern für ihr Engagement, das sie in der Schweiz täglich leisten.

---

Basel, 15. Mai 2014



Urs Brändli  
Präsident Bio Suisse



Christian Voegeli  
Verbandskoordination